

# Der Grundstein

## Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Verfindigungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zusatzklasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Bezugspreis für das Vierteljahr 30 M. zuzüglich der jeweils geltenden Postgebühren	Herausgegeben vom <b>Deutschen Bauarbeiterverbande</b> Hamburg 25, Wallstr. 1	Schluß des Blattes: Donnerstag mittag 12 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 25 M. für die dreigespaltene Zeile und deren Raum berechnet
---	---	---

## Bauarbeiter, rüstet zum Kampf um den Achtstundentag!

Am 15. Dezember hat der Vorläufige Reichswirtschaftsrat die Beratung des Arbeitszeitgesetzes für gewerbliche Arbeiter in einer Weise beendet, die den schärfsten Widerspruch der gesamten Arbeiterschaft herausfordert. Rückwärtslos hat die reaktionäre Mehrheit des Reichswirtschaftsrates alle Anträge der Arbeitnehmervertreter abgelehnt, die eine Leistung von längerer Arbeit der tarifvertraglichen Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Gewerkschaften vorbehalten und für Ueberzeitarbeit eine besondere Vergütung sicherstellen wollten. Ungenommen wurden die Arbeitgeberanträge, die die Mehrarbeit erleichtern und die Ausnahmen erweitern sollen. Nichts fand Gnade vor ihren Augen; weder die Bestimmungen über ein Schiedsgericht für besondere Streitfälle, noch die über ein Aussichtsrecht, das die Gewerbe- und Vergaußichtsbeamten gemeinsam mit der Betriebsvertretung ausüben sollten. Die Pflicht zur Leistung von Mehrarbeit soll den Arbeitern allen nach dem Gutdünken der Arbeitgeber auferlegt werden. Ganz besonders aber hatte man es auf die Bauarbeiter abgesehen. So ganz nebenbei hat man nämlich noch in den Schlußbestimmungen festgesetzt:

## Die Arbeitszeit für das Bau- und Baunebengewerbe beträgt vorbehaltlich notwendiger Ueberstunden für acht Monate des Jahres neun Stunden täglich.

Das ist wohl das Pflöge, was eine amtliche Körperschaft der Arbeiterschaft seit der Revolution zu bieten wagte. Damit wären gleichzeitig auch die baugewerblichen Arbeiter um den Achtstundentag gebracht, die ihn schon vor dem Kriege in zähen, opfervollen Kämpfen errungen haben. Die Beschlüsse des Reichswirtschaftsrates haben freilich nur die Eigenschaft von Gutachten. Sie sind also noch lange nicht Gesetz. Sie zeigen aber der Bauarbeiterschaft, was die Arbeitgebererschaft und die ihr geistesverwandten Kreise beabsichtigen.

**Bauarbeiter, zieht die richtigen Schlüsse! Steht alle Zwietracht und allen Haber beiseite! Sorgt für die Einigkeit und Geschlossenheit Eures Bundes! Im ganzen Lande, wo in diesen Tagen Bauarbeiter zusammenkommen, in Versammlungen oder auf den Arbeitsplätzen, überall sei die Losung:**

## Hoch der Achtstundentag, der Reaktion zum Trotz!

### Ein Rückblick.

Die Arbeiterschaft hat keine Ursache, dem nun dahinscheidenden Jahre nachzutrauern; denn es hat ihr keine Entschädigung ihrer Mühe gebracht. Die gegen den zähesten Widerstand der Unternehmer errungenen Lohnserhöhungen sind im Laufe des Jahres immer weiter hinter den Preisen zurückgeblieben und damit ist die Kaufkraft ständig vermindert. Warenbesitzer und Warenverkäufer haben märchenhafte Gewinne eingefrieden. Die heutige Gesellschaftsordnung erweist sich je länger, desto mehr als ungeeignet, den minderbemittelten Teil des Volkes ausreichend zu versorgen mit Nahrung, Kleidung und Wohnung. Mangelsende Lat- und Entschuldigtheit der regierenden Stellen gegenüber dem Volkswortführer und in der Aufbringung der erforderlichen Mittel haben dazu geführt, daß die Wohnbautätigkeit schon ausgangs des Sommers eingeschränkt, teilweise sogar eingestellt wurde. Beharrlichkeit und Ausdauer besteht allein in dem Bemühen, den wirtschaftlich Schwachen, den Arbeitern, Angestellten und Beamten, immer neue Lasten aufzubürden und den Weg zu schonen. Das kürzlich abgeschlossene Einkommensteuergesetz ist hierfür ein treffliches Beispiel. Dem kriegsleidenden Großagrariern werden 170 000 bis 180 000 M für die Korn- und Brotgetreide zugewilligt, rund das Tausendfache des Vorkriegspreises, wodurch ein vierpfündiges Markenbrot etwa 600 M kosten wird. Früher konnte ein Bauarbeiter für seinen Stundenlohn etwa 1 1/2 Bröte kaufen, aus reinem Korn bereitet, also bekömmlicher und nachher als das heute mit Kartoffeln und was weißt mit welchen andern Ersatzmitteln versetzte Brot. Die Wucherer aller Arten würden ein schönes Geschrei erheben, wenn die Bauarbeiter bei Inkrafttreten des neuen Brotpreises beanspruchten, 1 1/2 Bröte für einen Stundenlohn kaufen zu können, und fordern, daß letzterer auf 900 bis 1000 M erhöht werde. Dazu stimmen jene klugen Leute, die am wenigsten eine Ahnung haben von wirklicher körperlicher Arbeit, die ihr möglichst weit aus dem Wege gehen, tagtäglich ihre widerliche Bilanz an von der Mehrproduktion, zu der die Arbeiterschaft durch verlängerte Arbeitszeit natürlich wieder den Hauptteil beizutragen soll. So hat wohl kein Jahr wie das nun zur Reize gehende der Arbeiterschaft die Notwendigkeit einheitlicher, fester und geschlossener Organisationen ständig vor Augen geführt. Jeder einzelne prüfe an sich selbst, wie er diese Reize beherzigt und ihr entsprechend gehandelt hat.

Stärker als im Jahre 1921 stand das Wirtschaftsleben im Jahre 1922 unter dem Zeichen des Marktaufschwungs mit all seinen vielseitigen wirtschaftlichen und politischen Folgen. Diese vollkommene Zerrüttung der deutschen Währungsverhältnisse hat ihre Ursache in der Entwicklung der Weltpolitik, die für Deutschland durch alle Stadien der Hoffnung und Enttäuschung hindurch führte. Die unheilvolle und aufsehenerregende Zerrüttung der gesamten Weltwirtschaft brachte schon um die Jahres-

wende 1921/22 die maßgebenden Politiker der Großmächte zu der Einsicht, daß das Versailles Friedensdiktat nicht geeignet ist, der Welt die Möglichkeit einer friedlichen Entwicklung zu geben. So erwachsen die Pläne zu den verschiedenen Konferenzen, die Auswege aus dem Trümmerruinen der zerfallenen Weltwirtschaft finden sollten. Das ist bis heute nicht gelungen. Noch jede Konferenz endete mit einer Enttäuschung für die, die überhaupt Hoffnungen an sie geknüpft hatten. Sie mußten Enttäuschungen bringen, und weitere Konferenzen werden Enttäuschungen bringen, solange nicht wirtschaftliche Einsicht und nüchterne Erkenntnis den Sieg über unerfüllbare Wünsche und Egoismen bei den maßgebenden Staatsmännern davonträgt, solange nicht die unnatürlichen, wirtschaftsfeindlichen Bestimmungen des Versailles Diktates gestrichelt sind und die Wiedergutmachungsforderungen nicht endgültig festgelegt und der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und den Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes angepaßt sind.

Statt der erhofften Besserung der Verhältnisse, statt der erhofften Abbrockelung der ständigen Geldvermehrung zeigt so die Kurve der Marktentwertung einen ständigen Niedergang, der, den ungeschriebenen Gesetzen der Wirtschaft zufolge, je länger, je beschleunigter wird. Gleich wie eine Lawine, die im Niedergehen mit immer stärkerer Wucht alle Widerstände unter sich begräbt, so ergiebt sich die Entwertung der Mark und als deren Folge eine ungeheure Verteuerung aller Lebensbedürfnisse über das deutsche Volk. Der Dollar, der am 2. Januar 1922 186,75 notierte, stieg, abgesehen von kleinen Schwankungen, die ihre Ursache mehr in Stimmungen und Spekulationsmanövern als in wirtschaftlichen Notwendigkeiten hatten, in immer steiler werdender Kurve auf 402 am 1. Juli, auf 1650 am 1. Oktober, auf 4550 am 1. November und erreichte ausgerechnet in den Tagen, als in Berlin die Reparationskommission der Entente und eine Reihe namhafter Vertreter der Wissenschaft mit Welttrauf sich um die Stabilisierung der Mark bemühten, nach den amtlichen Notierungen die phantastische Höhe von 8700. In Wirklichkeit ging er sogar noch weit darüber hinaus.

Dieser Entwicklung der Valuta paßten sich mit unfehlbarer Sicherheit die Preise aller Lebensbedürfnisse an. Zeit zum Beispiel die Bewegung des Dollarkurses in der Zeit vom 1. Januar bis zum 1. Oktober 1922 eine Steigerung um das 8,8fache, so ergeben die Preisfeststellungen der „Frankfurter Zeitung“ für eine ganze Reihe von Lebensmitteln in derselben Zeit im Durchschnitt eine Steigerung auf das 10,5fache. Die Berechnungen für eine Reihe von Bekleidungsgegenständen ergeben sogar eine Steigerung um das 14,4fache. Daß die Entwicklung der Preise auch im letzten Vierteljahr mit dem Dollarkurs Schritt gehalten und ihn zum Teil auch überholt hat, das konnte jeder, der von seinem Arbeitseinkommen leben muß, am eigenen Leibe erfahren. Eine Ueberholung des Dollar-

kurzes durch die Lebenshaltungskosten erklärt sich schon daraus, daß die Preise bei schwankenden Dollarkursen, wie wir sie in den letzten Wochen des Jahres hatten, wohl jeder Steigerung mit affentlicher Geschwindigkeit folgen, bei Kursrückgängen jedoch die erreichte Höhe beibehalten, oder sogar lustig weiter steigen.

Leider haben die Löhne in diesem Wettrennen mit den Preisen nicht bestehen können. Das weiß jeder einzelne Kollege nur zu gut. Es kann sich hier nur die Feststellung handeln, um wieviel die Löhne zurückgeblieben sind. Und da ergibt denn eine Zusammenstellung der Maurerlöhne aus 42 deutschen Großstädten am 1. Januar und am 1. Oktober 1922, daß die Löhne am 1. Oktober nicht mehr als um das 8fache der Löhne vom 1. Januar gestiegen waren. Bei den andern Berufsgruppen liegen die Verhältnisse ähnlich. In dem gleichen Zeitraum, vom 1. Januar bis zum 1. Oktober, wo der Dollarkurs das 8,8fache der Anfangshöhe erreicht hat, wo die Preise für Lebensmittel mit dem 10,5fachen für Bekleidungsgegenstände mit dem 14,4fachen dem Dollarkurs weit vorausgeeilt sind, blieben unsere Löhne mit ihrer 8fachen Steigerung hinter dem Dollar und noch weit mehr hinter der Steigerung der Lebenshaltungskosten zurück. Eine Fortsetzung dieser Berechnungen bis zum Jahresschlusse, wofür die Unterlagen noch fehlen, würde bestimmt ergeben, daß die Löhne in diesem ausichtslosen Wettrennen noch mehr zurückgeblieben sind. So müssen wir das Jahr beschließen mit dem betäubenden Bewußtsein, daß es nur die Fortsetzung und Verschlimmerung des in den vorhergehenden Jahren begonnenen Niederganges gebracht hat. Welche Volksschichten sind noch tiefer in Not und Elend verfunken, als sie es ohnehin schon waren.

Erfreulicher ist ein Rückblick auf die Entwicklung unseres Verbandes. Der ständig sinkende Markkurs brachte während des ganzen Jahres eine wirtschaftliche Scheinblüte, an der auch das Baugewerbe beteiligt war. In allen Teilen des Reiches gab es gute Beschäftigungsmöglichkeiten, und die Arbeitslosigkeit wurde so gering, wie wir es, abgesehen von den Kriegsjahren, seit langen nicht erlebt haben. Sie betrug noch den monatlichen Feststellungen des Verbandes zum Beispiel im August nur 0,47 vom Mitgliederzukunft, und blieb noch im April bis September einschließlich ständig unter 1%. Damit war die Möglichkeit für die volle Entfaltung der Werkkraft des Verbandes gegeben. Es setzte denn auch ein ständig anhaltender Mitgliederzuwachs ein, wie wir ihn ebenfalls seit langem nicht erlebt haben. Sogar wirkte dabei die immer stärker werdende Not mit, die trotz der dauernden Verschlechterung der Lage in den Massen die Ueberzeugung wachrief, daß es noch weit, weit schneller herabginge, wenn nicht starke Gewerkschaften ihre in diesem Falle hemmende Macht zugunsten der Arbeiterschaft einsetzten. So stieg die Zahl unserer Mitglieder von 488 917 am Schlusse des Jahres 1921 auf 502 206 im ersten Viertel-

Jahr, auf 561 307 im zweiten und auf 589 030 am Schlusse des dritten Vierteljahres. Das ist eine Steigerung von 100 113, oder um 20,5 % des Bestandes am Jahresanfang. Für das letzte Vierteljahr liegen genaue Zahlen noch nicht vor. Es läßt jedoch erkennen, daß die Mitgliederzahl im Monat Oktober noch weiter gestiegen ist. Der November hat anscheinend schon eine leichte Abnahme gebracht. An uns ist es, dafür zu sorgen, daß die während des Winters unvermeidliche Mitgliederabnahme so klein wie möglich bleibt, damit wir unsern Verband stark und schlagkräftig erhalten. Vergeffen wir nicht, daß Kräfte am Werke sind, den Arbeitern, die in der Revolution errungenen Fortschritte wieder zu entreißen. Der Achtstundentag ist in Gefahr. Vom Betriebsrätegesetz möchte die Reaktion nur zu gerne abbauen. Von der Zähligkeit und dem unbeeinträchtigten Willen der Arbeiterschaft wird es abhängen, ob und wie weit diese Pläne Wirklichkeit werden. Darum wollen wir das neue Jahr beginnen mit dem Gelöbniß der Kreuze zum Verbanne. Möge das neue Jahr die erhoffte wirtschaftliche Besserung bringen oder nicht, zu jeder Zeit wollen wir bereit sein, das zu tun, was die Stunde gebietet. Dann wird es der Arbeiterschaft gelingen, ihre Lage erträglicher zu gestalten, lichtere Zeiten herbeizuführen.

**Rundgebung zum Friedensvertrag.**

Am 11. Dezember hatten die gewerkschaftlichen Spitzenverbände zu einer Versammlung im Reichstagsgebäude eingeladen, um den ganzen Kulturwelt die Not aufzuzeigen, die der Friedensvertrag von Versailles dem deutschen Volke aufgebürdet hat. Eine große Teilnehmerzahl war dem Rufe gefolgt und füllte Saal und Tribünen. Wislaff leitete die Rundgebung. Die Redner des Tages behandelten jeder ein besonderes, von den Wirkungen des Friedensvertrages betroffenes Gebiet; so knoll vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund die deutsche Wirtschaft, Schneider vom deutschen Gewerkschaftsring die Sozialpolitik, Waltruch vom Deutschen Gewerkschaftsbund die deutsche Kultur und Suß vom Aua-Bund die Weltwirtschaft. Sämtliche Redner ernteten reichen Beifall. Wislaff faßte die Ausführungen der Redner kurz zusammen, betonte nochmals in eindringlichen Worten auf die Not des deutschen Volkes und fand warme Worte für die deutschen Brüder, die wiederum zum Schluß auf das Selbstbestimmungsrecht in Gefahr sind, von uns losgerissen zu werden. Folgende Entschlüsse wurden einstimmig angenommen:

„Die am 11. Dezember 1922 im Deutschen Reichstagsgebäude versammelten Vertreter der gesamten deutschen Gewerkschaften erklären einmütig, daß sie den tiefsten Grund des immer mehr um sich greifenden deutschen Elends in dem auf der Vereinigung Deutschlands am Weltkriege aufgebauten Versailles Diktat erblicken.

Sie rufen das ganze deutsche Volk zum einmütigen Protest gegen dieses Diktat auf, und sie werden nicht ablassen, den ganzen Welt gegenüber immer wieder das Recht des deutschen Volkes auf ein menschenwürdiges Dasein zu vertreten.

Sie fordern, daß der Vertrag von Versailles mit seinen unerfüllbaren Forderungen und seinen die Existenz des ganzen deutschen Volkes bedrohenden Rasten einer Revision unterzogen wird, durch die Deutschland die Lebensmöglichkeiten wiedergegeben werden.

Insbondere verlangen sie eine Verminderung der Reparationslasten auf ein erträgliches Maß, wie sie sich andererseits nach wie vor bereiterklären, am Wiederaufbau Europas nach Kräften mitzuwirken. Sie wenden sich mit Entschiedenheit gegen die unhaltbare Lage von der deutschen Arbeiterschaft am Kriege und erwarten, daß die Geheimarchiv aller am Kriege beteiligten gewesenen Staaten ebenso der Welt geoffnet werden wie die Akten des deutschen Auswärtigen Amtes.

Von der deutschen Regierung erwarten die Gewerkschaften, daß sie im Interesse des Volkes ihre Politik ganz in der vorgezeichneten Richtung orientiert.

Den Volksgenossen im besetzten Rhein- und abgegrenzten Saargebiet, die unter fremder Bedrückung schmachten, geben die gesamten deutschen Gewerkschaften die Versicherung unerschütterlicher Liebe und Treue ab.

Hinter der Entschliessung stehen außer den 4 Spitzen-gewerkschaften noch folgende Verbände: Allgemeiner Deutscher Beamtenbund, Deutscher Beamtenbund, Reichsdeutscher Beamtenring, Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener, Bund erblindeter Krieger, Deutscher Offiziersbund, Reichsbund der Kriegesbeschädigten, Kriegsteilnehmer und -hinterbliebenen, Reichsverband deutscher Kriegesbeschädigter und Hinterbliebenen, Zentralverband deutscher Kriegesbeschädigter und Hinterbliebenen.

**Betriebsrätekonferenz der Kommunisten.**

Dem „Korrespondenzblatt“ entnehmen wir den nachstehenden Bericht, der die Veranstaltung unter der Ueberschrift: Aus der „Neuen Welt“, kurz und treffend kennzeichnet: Nach vierwöchiger Vertagung, die nur bewies, daß die „Waise“ von der kommunistischen Parole nichts wissen will, hat am 24. bis 26. November in der „Neuen Welt“ in Berlin das kommunistische Beisammensein stattgefunden, das mit dem hochtrabenden Namen „Betriebsrätekonferenz“ von ihren Veranstalter bezeichnet wird. Es war alles so, wie zu erwarten war. Die 846 Teilnehmer waren fast alle Kommunisten. Es wurden nur kommunistische Medien gehalten und einige Leitartikel der „Roten Fahne“ wurden als Entschlüsse angenommen. Produktionskontrolle, Arbeiterregierung und ähnliche weltfremde, dafür aber echt kommunistische Forderungen wurden erhoben. Made, echt kommunistische Made. Kein Mensch wird die Veranstaltung anders bewerten. Das Ergebnis war natürlich Null. Aus der Beurteilung, die die Berliner „Kommunistische Arbeiterzeitung“, das Blatt der KPD, dem „Konferenz“ zuteil werden läßt, wollen wir einige Sätze abdrucken. Sie sind nicht nur in dieser Beziehung lehrreich. Sie zeigen auch, wie sich die kommunistischen Brüder gegenseitig schätzen. Das Blatt schreibt in der Nummer 87: „... Was sich da in der „Neuen

Welt“ zu Neufahrn abspielte, dürfte das letzte matte Aufblühen eines künstlich geschürten Strohhafens sein. Das Wissen der KPD, die Gewerkschaften möchten doch um Gottes Willen doch die nun einmal eingetretene Betriebsrätebewegung weiterführen, hat seine tiefere Ursache. Niemand, weder die Urheber dieser Bewegung, die KPD-Zentrale, noch die Teilnehmer an dem Betriebsrätekonferenz haben einen Goffnungsschimmer, daß dabei etwas herauskommen kann. Das Wissen an dem Theater ist der Name. Bedinglich die Regie Kapite... Jrgendeinen, der bumm genug war, von diesem Theater etwas zu erwarten, haben wir weder aus der Diskussion noch aus den vielen Einzelgesprächen herausgehört... Jrgend etwas Positives ist nicht einmal angedeutet worden. Kein Wort, das nicht schon unzählige Male in der „Roten Fahne“ stand... Der Zweck der ganzen Sache ist wohl nur der unersättlichen Ausbeutungslust beizukommen. Von den anwesenden Delegierten hat sich wohl keiner Gedanken darüber gemacht. Denn wer erst darüber nachdenken würde, würde sich sicher nicht als Statist mißbrauchen lassen... Was dort sah, war nicht die Elite des Proletariats, auch nicht deren, die noch nicht den Weg zur Union fanden. Es waren die typischen Betriebsräte der KPD. Die paar mehrheitssozialistischen Arbeiter, die noch vorhanden waren, waren den „Kommunisten“ in ihrem ephemerischen Willen weit voraus. Sie sind jedoch rettungslos verloren, sofern es den Moskauer gelingt, sie vor den russischen Wagen zu spannen... Das hat eben geschrieen, der dabei war.

Natürlich geben die anderen, echten Kommunisten den Gemeinfall nicht zu. Obgleich sie innerlich froh sind, daß sie das Theater hinter sich haben, tun sie, als ob sie das Spiel noch lange nicht verloren gäben. Sie haben sich von dem „Konferenz“ eine Zentrale und ein Mitteilungsblatt — beides war natürlich schon vorher da — bewilligen lassen, um ihre Zerstückelungsarbeit fortzusetzen. Die Betriebsräte werden sich jedoch an die Beschlässe des ersten Betriebsrätekonferenz und des Leipziger Gewerkschaftskongresses halten. Dort ist ihnen der Boden bereitet worden, auf dem sie nützliche Arbeit leisten können. An den Gewerkschaften aber ist es, zu zeigen, daß sie nicht mit sich spielen lassen; auch dann nicht, wenn die Zentrale der KPD, der Partner sein möchte.

**Kommunistische Rechenkunft.**

Als die Gewerkschaftsaktion der kommunistischen Internationals im vorigen Jahre in Moskau ihren „Weltkongress“ abhielt, behauptete Herr Lojowski, daß ihr nicht weniger als 17 Millionen Mitglieder angehörig seien. Auf dem diesjährigen „Weltkongress“ war Herr Lojowski schon etwas bescheidener geworden; denn er sprach nur noch von 11 925 000 Mitgliedern. Aber selbst wenn man in Betracht zieht, daß in diese Zahl auch die Zwangs-gewerkschaften in Sowjetrußland einbezogen sind, so darf man trotzdem annehmen, daß auch von dieser niedrigeren Zahl ein beträchtlicher Teil abgezogen ist, wenn man der Wahrscheinlichkeit nachkommen will. Die Rechenmeister der Gewerkschaftsaktion der Dritten Internationale hat nämlich angegeben, daß in Schweden 75 000 Anhänger seiner Richtung vorhanden seien. Ferner sollten im norwegischen Arbeiterverband 33 000 Kommunisten vorhanden sein. Dabei hatte Herr Lojowski das Recht, zu übersehen, daß der genannte Verband im ganzen nur 16 000 Mitglieder hat. Ebenso wollte er im norwegischen Eisen- und Metallarbeiterverband 21 000 Kommunisten gefunden haben, obgleich dieser Verband nur 14 000 Mitglieder hat. Der norwegische Holzarbeiterverband, dessen Gesamtmitgliedszahl 5700 beträgt, sollte 9000 Kommunisten enthalten. Alles in allem hatte Herr Lojowski nicht weniger als 100 000 Anhänger seiner Richtung in den norwegischen Gewerkschaften herausgerechnet, obgleich die ganzen norwegischen Gewerkschaften nicht so viele Mitglieder haben. „Nachforschungs-touren“, die Moskau durch die Schwedischen Gewerkschaftsbundes, deren Nr. 47 wir diese Mitteilungen entnehmen, bemerkt das mit treffendem Spott: „Daß Herr Lojowski 100 000 Gewerkschaftsmitglieder in Ägypten hat, jerner 27 000 in Niederländisch-Indien, 200 000 in Polen usw., bezweifelt natürlich niemand. Man würde auch nicht sehr erheben, wenn er noch über ein halbes Hunderttausend da draußen in Grönland verfügte. Die russischen Bolschewistenführer sind eine wunderbare Sorte. Herr Lenin unternahm kürzlich, den Rubelsteinen drei Nullen zu streichen. Herr Lojowski hält dagegen an seinen Nullen fest. Das beruht doch wohl nicht darauf, daß Herr Lojowski sich verwandtschaftlich zu ihnen hingezogen fühlt?“

Daß die deutschen Parteien hinter ihren Moskauer Oberpriestern nicht zurückstehen wollen, versteht sich. Sie machen noch gewagtere Zahlenansprüche als ihr General Lojowski. In Nr. 25 des „Bauerarbeiters“, Mitteilungsblatt des Verbandes der Ausgeschlossenen, steht wörtlich in einem Bericht von Berlin: „Ebenso haben die Kollegen von Lantwih in der letzten Mitgliederversammlung mit über Zweidrittelmehrheit die Beitragsperre beschlossen. Desgleichen der Bezirk Tempelhof, Ober- und Niederhohenschulze. In der Sektion der Betonarbeiter haben bis jetzt 900 von 1000 Mitgliedern die Beitragsperre durchgeführt. Die Arbeit in den aufgelassenen Bezirken geht wirksam vorwärts trotz der von Lohn- und Gehältern angeordneten demagogischen Kämpfe.“ Wie ist demgegenüber die Wirklichkeit? Obwohl in der Sektion der Betonarbeiter der angestellte Sektionsleiter, Hugo Zimmermann, bereits Ende Oktober zu den „Kaufleuten“ der Hainstraße übergetreten war, leisteten ihm keine 300 Kollegen Gefolgschaft. Die Sektion zählte nicht 1000, sondern nach der letzten Abrechnung 650 Mitglieder. In Lantwih haben von 118 Mitgliedern 30 die Beitragszahlung verweigert, in Tempelhof von 161 nur 8 und in Ober- und Niederhohenschulze nur 9. Ebenso ist es im Bezirk Ost 1, in Spandau und andern Bezirken. Es sind nur ganz geringe Bruchteile der Mitgliedschaft, die den Gewerkschaftsgefeßern nachlaufen. Die Kollegen im Verein Berlin begreifen es; sie amen auf, daß sie endlich von dem kommunistischen Terror in den Versammlungen befreit sind. Es ist jetzt wieder eine Freude, in die Versammlungen zu gehen, Lust und Liebe zu den Vereinsveranstaltungen ist wieder eingetkehrt. Die Auffklärung „geht wirksam vorwärts“, und es geht sich mit jedem Tage mehr, daß die Verbandsfähiglinge mit ihrer Beitragsperre lässlich Fiasko gemacht haben.

Wie ernst es die Berliner Kommunisten mit ihrer Verbandsarbeit hielten und welche „fähigen“ Führer sie sich erwählt haben, zeigt ein den Tarifinflationen unterbreiteter Streikfall bei der Beton- und Monier-Wau- u. G. Dort übten die Kommunisten und „Ausgeschlossenen“ den schimmigen Terror aus; sie hatten den Betriebsrat mit ihren Keuten besetzt, dessen maßgebendste Persönlichkeit Karl Graul, der jetzige Kassierer der Berliner Hainstraßenleute, war. Die Firma konnte es bei dieser „Revolutionären“ Inagen, den Beschäftigten folgenden Einstellungs-schein vorzulegen: „Einstellungsschein der A.-G. für Beton- und Monierbau. Für die vorübergehenden Arbeiten (S 12 Absatz 3 der Demobilisierungsverordnung vom 12. Februar 1920) auf der Baustelle wird Herr... als Arbeiter angenommen. Er hat keinen Anspruch darauf, nach Beendigung der Arbeiten auf einer andern Baustelle wiederbeschäftigt zu werden. Kenntnis genommen. Unterschrieben.“ Dieser Einstellungsschein verfiel sofort gegen die gesetzlichen Bestimmungen. Aber was geben solche Kleinigkeiten aus „Revolutionären“ an! Der kommunistische Betriebsrat war also nicht einmal imstande, die einfachsten Dinge auf der Baustelle zu übersehen, und dabei gehört Graul dem kommunistischen „Reichsausschuß zur Produktionskontrolle“ an. Wer laßt da nicht? Die Unternehmer jedenfalls haben ihre unerschütterliche Freude an solchen Arbeitervertretern. In den Arbeitspausen schimpfen auf den Verband und seine Führer ist natürlich einfacher, als auf der Baustelle Ordnung zu schaffen und nötigenfalls die Unternehmer in ihre Schranken zu weisen.

**Berichte.**

**Bezirk Nord- und Südharn.** Für das bayrische Baugewerbe ist die Lohnfestsetzung für Dezember nun doch noch ohne Kampf zustande gekommen. Der bayrische Baugewerbeverband hatte den Dezember-Schiedspruch rundweg abgelehnt. Bereits vor Ablauf der Erklärungssfrist hatten die Zweigstellen München und Nürnberg des Landes-einigungsamtes davon bereits Kenntnis erhalten und ver-zurückten, nur durch nochmalige Verhandlung einem Kampfe im Baugewerbe vorzubeugen. Doch brachte diese, am 11. Dezember anberaumte Verhandlung keine Einigung. Das Angebot der Arbeitgeber blieb so weit hinter dem Schiedspruch zurück, daß es überhaupt nicht ernst genommen werden konnte. Die Arbeitervertreter erklärten, daß der Schiedspruch nur insoweit abgeändert werden könnte, als keine finanzielle Schädigung der Arbeiter damit verknüpft wird. Die Vertreter des Landes-einigungsamtes erklärten am Schluß der ergebnislosen Verhandlung, dem Ministerium für soziale Fürsorge über den Verlauf berichtet zu wollen, daß aber sie sich nicht für befugt halten, in einem Zwangs-schiedsgericht mitzutätig zu sein.

Die Vertreter der Arbeiter beantragten sodann beim Ministerium, den Schiedspruch für allgemeinerbindlich zu erklären. Bei dem vorgeschriebenen, am 14. Dezember unter-nommenen Einigungsversuch kamen die Parteien in un-mutigen Verhandlung reichlich zu Worte. Die Aussprache nahm mehrmals sehr scharfe und gereizte Formen an. Da bisher auch der Landesarbeitsvertrag noch nicht unterzeichnet war, obgleich über dessen Inhalt bereits Einigung be-stand, so wurde den Parteien nahegelegt, endlich Ordnung zu schaffen und nach Entschcheidung des Ministeriums über die Allgemeinerbindlichkeit den Vertrag zu unterzeichnen. Dazu erklärten sich beide Parteien bereit. In später Abendstunde verknüpfte der Vertreter des Ministeriums, daß die Reichs-verbindlichkeit ausgesprochen sei. Es kann als sicher angenom-men werden, daß nun auch der bayrische Baugewerbeverband sich fügen wird. Dem hiesigen Baugewerbe ist damit ein schwerer Kampf erspart geblieben. Die Bautätigkeit wäre völlig zerrüttet worden. Wenn es hätte sein müssen, so wären unsere Kollegen auch bereit gewesen, die schwereren Opfer eines solchen Kampfes auf sich zu nehmen. Sie werden weiter für Einigkeit und Geschlossenheit arbeiten, um nicht der Unternehmerrückgriff ausgetiefert zu sein.

**Dortmund.**

Zu der am 10. Dezember abgehaltenen Generalversammlung gab Kollege Schümann einen un-fassenden Tätigkeitsbericht der abgelaufenen drei Malen-berjahres. Die fortschreitende Geldentwertung hat zu einer Abnahme der Bautätigkeit geführt. In der Stadt Dortmund selbst war die Bautätigkeit nicht besonders lebhaft. Dagegen gab es in der Umgebung strotz zu tun. Arbeitslosigkeit hat sich bisher nur wenig bemerkbar ge-macht, weil auf den industriellen Werken und auf den Bechen manches gebaut wird. Schwieriger als die Arbeits-gelegenheit ist hier immer noch die Unterkunft zu be-schaffen. Die Regelung der Bauarbeiterlöhne brachte eine starke Zuwanderung aus andern Bezirken. Die Stumpf-pflanze, Syndikalismus genannt, ist in diesem Teile des Reiches besonders heimisch. Die erhöhten Löhne zogen viele dieser Gewerkschafter in das Baugewerbe hinein. Die Spitalisten und andere Anorganisierte ergaben allein in den drei Quartalen dieses Jahres 4241 Neu-aufnahmen. Zu diesen kommen noch 571 Uebertritte aus andern Verbänden. Da unser Verein 5461 Mitglieder zählt, so haben fünf Sechstel der Mitglieder in den neun Monaten unsern Verein betreten nur durchlaufen. Das Verbandsleben war in der Verdrängung durchaus gut. Der Dortmunder Bürgermeister verlangte in einer Denkschrift Zurückstellung aller nicht notwendigen Neubauten und sonstigen Neuanlagen. Bei der Ausführung unermec-barer Bauten und Ausbesserungsarbeiten verlangte er größte Einfachheit. Den Kleinwohnungsbaubau will er nur insoweit aufrechterhalten wissen, als die Gemeinbegünstigte durch die Wohnungsbaubauabgabe voll aufgebracht werden. Wird dementsprechend verfahren, so haben wir hier in diesem Winter mit großer Arbeitslosigkeit zu rechnen, wogegen sonst in den Wintermonaten viele Kollegen an-deren Gegenden hier Unterschlupf fanden. Die Treu-handschäfte für Bergmannsiedlungen hat ihre Wohnbauten schon seit Ende August stillgelegt. Teilweise ohne Dach-sehen die verlassenen Bauten aus wie Ruinen. Neue Ar-beiten werden fast nirgends begonnen, so daß die Stadt Dortmund sich bereits mit der Frage von Notstandsarbeiten beschäftigt hat. Ueberstundenwesen, Akkordarbeit, Dele-giertenwesen usw. stellen die Verwaltung vor manch-schwierige Aufgabe. Die hiesige Bauhütte, die Nachfolgerin

der Bauproduktionsgenossenschaft, deren Aufsichtsrat auch ein Mitglied des Vorstandes angehört, beschäftigt zurzeit 170 Kollegen. Weiterer Ausbau dieser Einrichtungen ist dringend nötig. Der Verein umfasst zurzeit 21 Zahlstellen, 10 Fachgruppen und eine Jugendabteilung. Neben erwarbte die Delegierten, bei der Berichterstattung darauf hinzuweisen, daß die Verarbeitung mit allem Eifer gefördert werden muß. Unser Kassierer Kollege Nicolaus hob unter Hinweis auf die gedruckt vorliegende Abrechnung hervor, daß das dritte Quartal für die Hauptkasse in Einnahme und Ausgabe 1 745 087 M ergeben hat. Die Vereinskasse hatte unter Hinzunahme des Kassenbestandes vom zweiten Quartal eine Einnahme von 886 092,17 M und eine Ausgabe von 576 119,42 M. Von dem Kassenbestand verein Dortmund 283 511,88 M niedergelegt. Verfügbar hat die Vereinskasse zurzeit 46 460,92 M. Da unsere Beiträge dem Stundenlohn nur langsam folgen, so übersteigen die Ausgaben der Vereinskasse manchmal die Einnahmen. Die sehr rege Ausgabe ergab volles Einberufungsmitglied mit der Tätigkeit des Vorstandes. Trotz der schweren Zeit zeigen unsere Mitglieder Arbeitsfreudigkeit für den Verband. In den Vorstand der Baugewerkschaft wählte die Versammlung die Kollegen Schümann, Müst, Nicolaus, Steine und Goltwald. Beschlossen wurde, das Eintrittsgeld bei der ersten Aufnahme auf 400 M und bei wiederholter Aufnahme auf 800 M zu bemessen. Aus andern Gewerkschaften über tretende Mitglieder, die noch keine 26 Wochen Mitgliedschaft nachweisen können, sollen 100 M Eintrittsgeld zahlen.

### Bau-Werkmeister.

#### Bevormunderei der Arbeitgeberverbände.

Auf unsere Bemühungen, die Arbeitgeberverbände zur Wiederaufnahme von Verhandlungen zum Abschluß eines Reichstarifvertrages zu bewegen, ging uns von den vereinigten Arbeitgeberverbänden am 5. Dezember folgendes Schreiben zu:

Die Tarifgemeinschaft der baugewerblichen Arbeitgeberverbände hat sich nochmals eingehend mit dem Wunsch der Bauarbeiterverbände befaßt, ihrerseits Mitglieder des neu zu schließenden Reichstarifvertrages für Poliere und Schachtmeister im Baugewerbe zu werden. Die Tarifgemeinschaft der Arbeitgeber muß aber ihren bisherigen Standpunkt aufrechterhalten, nur mit solchen Verbänden einen Reichstarifvertrag für Poliere und Schachtmeister abzuschließen, die keine Bauarbeiter in ihren Reihen zählen. Dieser Standpunkt dürfte verständlich sein, wenn man daran denkt, daß die Poliere und Schachtmeister doch zum Teile Funktionen des Arbeitgebers dem einzelnen Bauarbeiter gegenüber ausüben, so daß es nicht zweckmäßig ist, die Verhältnisse der Poliere und Bauarbeiter tarifvertraglich miteinander zu verknüpfen.

Wie uns mitgeteilt worden ist, zählt der Deutsche Werkmeysterbund, der dem Gesamtverband Deutscher Angestellten-Gewerkschaften im Deutschen Gewerkschaftsbund angegeschlossen ist, eine größere Anzahl von Polierern und Schachtmeistern in den verschiedenen Bezirken zu seinen Mitgliedern. Es ist also durch Beteiligung des Polier-, Werkmeyster- und Schachtmeisterbundes und des Deutschen Werkmeysterverbandes, Düsseldorf, einerseits und des Deutschen Werkmeysterbundes andererseits den verschiedenen gewerkschaftlichen Richtungen möglich, zu einem Tarifvertrag für Poliere und Schachtmeister im Baugewerbe zu kommen.

Wir sind jederzeit bereit, mit diesen 8 Verbänden die Verhandlungen wieder aufzunehmen.

Die Arbeitgeber wollen mit Verbänden, die außer Polierern auch Bauarbeiter zu ihren Mitgliedern zählen, nicht verhandeln. Sie halten es nicht für zweckmäßig, die Verhältnisse der Poliere und Schachtmeister mit denen der Bauarbeiter zu verknüpfen. Deutlicher können die Arbeitgeber wohl nicht zum Ausdruck bringen, wie sehr ihnen die gewerkschaftliche Betätigung der Poliere und Schachtmeister und das gute Einvernehmen zwischen Bauarbeitern und Bau-Werkmeistern zuwider ist. Gar zu gern möchten sie die Bau-Werkmeister von diesen Betreibungen fernhalten und wieder die alten Zustände herbeiführen, wo die Poliere und Schachtmeister allein als ihre Vertrauensmänner galten und sich als Werkzeuge zur Ausbeutung der Arbeiter gebrauchen ließen. Um ihr Ziel zu erreichen, ist ihnen jedes Mittel recht. Besonders an Versprechungen mangelt es den Arbeitgebern nicht; denn die sind billig wie Brombeeren und brauchen ja nicht gehalten zu werden, wie sie es deutlich bei den bisherigen Verhandlungen gezeigt haben.

Aber das alles genügt den Arbeitgebern noch nicht; sie möchten die Poliere und Schachtmeister gern in einer standesgemäßen Organisation wissen und machen ihnen hierfür auch gleich Vorschläge. Sie betrachten sich gewissermaßen als Vormund der Poliere und Schachtmeister. Das ist nicht verwunderlich. Sind doch manche Kollegen der Meinung, daß nur der Polier ist, der vom Unternehmer zum Polier gemacht ist. Nach dem Schreiben, das die einzelnen Werkmeyster-Organisationen aufzählt, soll es den verschiedenen gewerkschaftlichen Richtungen möglich sein, zu einem Tarifvertrag für Poliere und Schachtmeister im Baugewerbe zu kommen. Der Deutsche Polier-Bund und der Deutsche Werkmeysterverband (Sitz Düsseldorf) werden wohl nicht sehr davon erbaudt sein, wie die Arbeitgeberverbände für ihre Organisation Propaganda treiben. Dagegen wird man sich im Deutschen Werkmeysterbund (Sitz Essen) freuen und stolz darauf sein, daß er in dem Augenblick gegründet wurde, als sich der Deutsche Werkmeysterverband der freigebergschaftlichen Epigenorganisation (Ifo) anschloß. Daß die Arbeitgeber diese gelbe Organisation empfehlen und gar als Vertragspartei heranziehen möchten, die für die Poliere und Schachtmeister auch beruflich gar nicht in Frage kommen kann, überbietet alles Dagegesene. Die Poliere und Schachtmeister haben nun die Wahl. Wollen sie ohne Kampf zu einem Tarifvertrage kommen, so müssen sie dem Vorschlage der Arbeitgeber zustimmen. Dann aber: Ahe, Tarifgemeinschaft! Wollen sie dagegen

mitreden und sich als gewerkschaftliche Arbeitnehmer betraachten, dann müssen sie durch Kampf zum Ziel kommen, dann muß es heißen: Hoß die Tarifgemeinschaft!

### Feuerungs- und Schornsteinmaurer.

#### 11. Lohnfestsetzung zum Reichslohn- und arbeits-tarifvertrag für feuerungstechnische Arbeiten.

Gültig vom Beginn der neuen Lohnwoche, in die der 16. Dezember fällt.

Gemäß V. B. 3 des Reichslohn- und arbeits-tarifvertrages für feuerungstechnische Arbeiten vom 3. März 1922 werden folgende Lohnsätze festgesetzt:

1. Von der Lohnwoche, in die der 16. Dezember fällt, wird der Grundlohn für Norddeutschland auf 332,02 M, für Süddeutschland auf 380 M festgelegt. Danach stellen sich die zu zahlenden Stundenlöhne einschließlich Gehaltszuschlag wie folgt:

Feuerungsmaurer	365,30 M	418,— M
Schornsteinmaurer	415,10 "	475,— "
Schornsteinmaurer, die noch nicht 1 Jahr im Schornsteinbau tätig sind	405,10 "	463,60 "
Feuerungshelfer	348,70 "	399,— "
Schornsteinhelfer	381,90 "	437,— "

2. Die Reiseentschädigung wird vom 16. Dezember an wie folgt berechnet:

Fester Satz	365,30 "	418,— "
Kilometergeld	15,— "	16,77 "

Der Lohn der Feuerungsmaurer soll an den einzelnen Bauorten mindestens 5 %, der Lohn der Schornsteinmaurer mindestens 10 % über dem Hochbaumaurerlohn stehen. Helfer erhalten in diesem Fall Hochbaumaurerlohn.

### Isolierer und Steinholzleger.

#### Quertreibereien.

Die Steinholzleger Berlins haben durch ihren Obmann Karaba dem Arbeitgeberbund für das Baugewerbe mitgeteilt, daß sie aus dem Deutschen Bauarbeiterverband ausgetreten seien und sich dem „Verband der Ausgeschlossenen“ angeschlossen hätten. Sie wünschen, daß nun die Unternehmer alle benötigten Arbeitskräfte durch diese Organisation beziehen. Sie haben aber dort eine verbundene Vbsuhr erhalten, indem ihnen mitgeteilt wurde, daß die Unternehmer sich nur an den Deutschen Bauarbeiterverband halten würden, der allein für sie als Tarifpartner in Betracht komme. Die Sache hat ihre Vorgesichte. Schon seit längerer Zeit haben einige kommunistische Präparanden ein tolles Durcheinander in der Berliner Fachgruppe hervorgerufen. Befanndlich ist auf dringenden Wunsch einer Reichskonferenz der Steinholzleger, deren Lohnverhältnisse sehr im argen lagen, ein Reichstarifvertrag abgeschlossen worden, der dem größten Teil der deutschen Steinholzleger beachtenswerte Vorteile gebracht hat. Allerdings haben dabei die Kollegen von Berlin und Köln einige Verschlechterungen in den Kauf nehmen müssen, die aber gegenüber den Vorteilen für die größere Masse gar nicht ins Gewicht fallen konnten. In beiden Vereinen kommen höchstens 60 Kollegen in Betracht von etwa 500 insgesamt in der Gruppe Beschäftigten. Während die Kollegen in Köln sich mit der Tarifaße abgefunden haben, hat die Berliner Gruppe schon einmal im Sommer dieses Jahres 5 Wochen in einem wilden Streik gelegen, wobei nur durch das Eingreifen eines Vertreters des Verbandsvorstandes eine vollständige Niederlage verhindert wurde. In letzter Zeit versucht die Berliner Gruppe auch durch Entsendung von kommunistischen Agitatoren, die Kollegen in Köln und Düsseldorf zum Austritt aus dem Bauarbeiterverband zu bewegen. Sie geben hiermit erneut den Beweis, wie sie die Einheitsfront herstellen wollen. Um einige wenige Sonder Vorteile zu behalten, möchten sie den Reichstarif zu nichte machen, ohne Rücksicht darauf, daß dadurch der größere Teil der deutschen Kollegen wieder der Willkür der Unternehmer preisgegeben wird. Wir haben zu dem gefunden Sinn der übrigen Ortsgruppen das Zutrauen, daß sie der Willkür einzelner Leute nicht gehörend entgegen treten. Ein erheblicher Teil der Berliner Kollegen hat bereits erklärt, daß sie diese Arbeit nicht mitmachen und beim Deutschen Bauarbeiterverband bleiben.

### Vom Bau.

**Celenau.** Am 23. November ist unser Kollege Meier aus Celenau beim Verladen von Bauholz am Burkhardtshorfer Bahnhof tödlich verunglückt. Nach Verladen des Wagens wollte er den Knebel anziehen, dieser schnellte aber zurück und schlug den Kollegen mit solcher Gewalt vor die Brust, daß er in eine eintretende Loxi stürzte. Dabei hat er sich jo schwere innere Verletzungen zugezogen, daß er an deren Folgen gestorben ist. — Mürzich stürzte in dem Anbau der Baumwollspinnerei Celenau N.-G. ein Stück Betonbede ein. Die Decke war schon längere Zeit locker gestellt, und es wurde schon Schade zum Ausfüllen daraufgebracht. Die Ursache des Einsturzes war beim Schreiben des Berichtes noch nicht festgestellt. Arbeiter sind erfreulicherweise nicht zu Schaden gekommen.

**Karlshöhe.** Bei der Firma Siemens-Bauunion brach an den Ausschachtarbeiten beim neuen Mürg-Kraftwerk bei Forbach am 7. Dezember infolge Verletzung einer Schüttgerüst zusammen. Die mit 2 Mollwagen auf dem Schüttgerüst haltenden Kollegen stürzten in die Tiefe, dabei hat Kollege August Seebader von Wipfelfal sein Leben lassen müssen. Zwei andere Kollegen kamen mit leichteren Verletzungen davon. Da das Gerüst als Notbehelf gedacht war, hat der leitende Bauaufseher angeordnet, die lastmässigen Grundbefe bei der Errichtung außer acht lassen zu können. Der Unfall hätte vermieden werden können, wenn das Schüttgerüst genügend verbleibt be-

ziehungsweise durch einen Bod unterstüzt worden wäre. Grobe Fahrlässigkeit scheint hier einem Arbeiter das Leben gekostet zu haben. Die Staatsanwaltschaft hat eine Untersuchung eingeleitet. — Am 15. Dezember hatte ein bei derselben Firma beschäftigter Kollege, der Kippwagen an die Lokomotive anzapfen wollte, das Unglück, und dem mit Glatteis überzogenen Boden auszurutschen. Dabei wurde ihm ein Unterarm abgerissen und der Brustkorb gequetscht. Der Kollege wurde in das Krankenhaus nach Forbach überführt werden.

### Berufsfortbildung.

Nachstehend sei nochmals auf die von der Beratungskommission für die Baugewerbe beim Rührtenbergischen Landes-gewerbeamt in Stuttgart beantragten Fachkurse hingewiesen. (Siehe auch „Grundstein“ Nr. 51.) Geplant sind Abendkurse für Maurer vom 2. bis zum 31. Januar, Stein-bauhauer vom 19. Februar bis zum 29. März, Zimmer-leute und Treppennmacher vom 1. Februar bis zum 14. März, Gipser und Stukkateure vom 2. bis zum 31. Januar. Die Kurse sind nachtags abends von 7 bis 9 Uhr, ausgenommen Sonntags. Anmeldungen sollen 8 Tage vor Beginn der Kurse eingereicht sein.

### Bücher und Schriften.

**Der Beton-Kalender 1923,** Taschenbuch für Beton- und Eisenbetonbau sowie für die verwandten Fächer, unter Mitwirkung hervorragender Fachmänner herausgegeben von der Zeitschrift „Beton und Eisen“, ist kürzlich im Verlag von Wilhelm Ernst & Sohn, Berlin W 68, Wilhelmstraße 90, in seinem 17. Jahrgang erschienen. Er enthält 516 in den Text eingedruckte Abbildungen. Das Werk umfaßt 524 Seiten Text und einen an die 50 Seiten zählenden Bezugsquellenverzeichnis. Außer dem Kalender enthält es eine Reihe mathematischer Tabellen. Es unterrichtet den Fachmann, der sich seiner bedient, über Gebiete der Geometrie, der Festigkeitslehre, über Gewicht- und Belastungsangaben, über Baustoffkunde sowie über das weite Gebiet der Statik und der Baukonstruktion. Grundzüge für das Veranschaulichen, für die Massenberechnungen sind nicht vergessen. Jedenfalls bietet der Kalender dem Fachmann, dem Bauleiter auch diesmal eine sehr wertvolle Fundgrube für den Bedarf bei ihrer täglichen Arbeit.

**Der Baukalender 1923** ist im Verlage von Paul Stemke, Breslau I, Sandstr. 10, erschienen. Er ist mit dem Polier-Kalender vereinigt und außerdem erweitert worden. Auf diese Weise stellt er ein sehr nützliches Handbuch für jeden Bauwertmeister dar. Neben den Abbildungen über Mathematik, Physik und Chemie, Statik und Festigkeit, Baustoffe und Baufunde, die leicht verständlich geschrieben und mit Skizzen versehen sind, enthält der Kalender unter „Allgemeines“ eine Anleitung zur ersten Hilfeleistung bei Unglücksfällen und plötzlichen Erkrankungen, die ebenfalls sehr wertvoll ist. Wir können ihn daher jedem Kollegen, besonders jenen, die ihre Fachkenntnisse erweitern wollen, nur empfehlen. Wer den Kalender kaufen will, wende sich an den Verlag.

### Briefkasten.

**Göhrit, Deutsch-Chyan.** Vereine, die die Namen verstorbenen Mitglieder in die Sterbetafel veröffentlichen haben wollen, müssen dies dem „Grundstein“ mitteilen, und zwar bestätigt durch den Vereinsstempel. Aus dem Antrage auf Sterbefallunterstützung ist nicht zu entnehmen, daß der Name des Verstorbenen in die Sterbetafel aufgenommen werden soll, oder daß der Verein bereit ist, die Kosten dafür zu tragen. Die Vereinsleitungen werden deshalb gebeten, stets einen unterstempelten Zettel für die Sterbetafel beizulegen, der neben dem Vereins- und vielleicht auch dem Zahlstellennamen den Namen des verstorbenen Mitgliedes enthält sowie seinen Beruf und sein Lebensalter.

### Bekanntmachungen des Vorstandes.

**Selbstkostenpreis für Mitgliedsbücher.** Der nach § 14 Absatz 6 und 7 der Satzung an die Bundeshauptkasse abzuführende Selbstkostenpreis ist auf 100 M festgesetzt worden. Dieser Betrag ist demnach an die Bundeshauptkasse abzuführen für jedes Mitgliedsbuch, das an neu in den Verband eintretende und wieder eintretende Mitglieder oder als Ersatzbuch für ein verlorengegangenes Mitgliedsbuch ausgestellt wird.

Werden vollgekollte Mitgliedsbücher gegen neue Mitgliedsbücher umgeschrieben — auch die mit Beginn des neuen Jahres zum Baugewerksbund übertretenden Mitglieder der Verbände der Köpfer und Glaser erhalten erst neue Bücher ausgestellt, wenn ihre jetzigen vollgekollt sind — so werden diese zum Umtausch der alten Bücher aus-gestellten neuen Mitgliedsbücher kostenfrei abgegeben. Für diese Bücher ist also nichts an die Hauptkasse abzu-führen.

**Arbeitslosenstatistik.** Die Arbeitslosenzählung wird auch im neuen Jahre durch den Baugewerksbund an jedem letzten Montag im Monat vorgenommen. Die Zähltagge werden mit den Zählergebnissen jedesmal für den folgenden Monat im „Grundstein“ bekanntgegeben. In allen Vereinen ist an diesen Tagen festzustellen, und zwar nach Berufen getrennt, wie viele Mitglieder arbeitslos sind. Das Ergebnis der Zählung ist sofort der Bezirksleitung, wenn irgend möglich, noch am Zähltagge, auf der dazu festgelegten Berichtskarte mitzuteilen. Mit Beginn des neuen Jahres müssen die in den Baugewerksbund eintretenden Köpfer und Glaser mit in die Arbeitslosen-zählung einbezogen werden. In den bisher verwendeten Zähl-tarten und Zählplänen sind diese beiden Berufe noch nicht mit angeführt. Neues Zählmaterial herzustellen zu lassen, erfordert so hohe Kosten, daß erst das alte aufgebraucht werden muß.

